

Resolution

Die Zukunft Europas gestalten: die Rolle von Bildungsgewerkschaften

Angenommen von der EGBW-Sonderkonferenz, der regionalen Sonderkonferenz der Bildungsinternationalen,
auf ihrer Tagung vom 27. - 28. November 2018 in Athen

Zusätzlich zu und übereinstimmend mit den vom 7. BI-Kongress in Ottawa 2015 und den auf der EGBW-Konferenz 2016 in Belgrad verabschiedeten Resolutionen

stellt die EGBW-Sonderkonferenz fest:

1. Bildung und die Zukunft Europas

Die immer dringender werdende Notwendigkeit, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prioritäten in ganz Europa miteinander in Einklang zu bringen, führte zu verstärkten Anstrengungen der Bildungsgewerkschaften sicherzustellen, dass europäische Politikinitiativen im Hinblick auf Bildung, gerechte und nachhaltige Beschäftigung und Sozialpolitik in Einklang mit den Ansichten von Lehrkräften und anderen Bildungsbeschäftigten auf allen Bildungsebenen stehen und diese respektieren. Diese Anstrengungen zeigen sich auch im Engagement, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (UNO) umzusetzen, die europäische Säule sozialer Rechte für alle Bürger Europas zu einer Realität werden zu lassen und den europäischen Bildungsraum nach 2020 zu gestalten. Dazu verstärken die Bildungsgewerkschaften ihre Forderung nach Gewährleistung einer wirksamen und bedeutenden Einbeziehung der Sozialpartner im Bildungsbereich in die Gestaltung und Umsetzung von Bildungs- und Investitionspolitik, einschließlich durch das europäische Semester;

2. Bildung - eine entscheidende Voraussetzung für Demokratie

Kostenfreie allgemeine öffentliche Bildung, die in hoher Qualität bereitgestellt wird und für alle zugänglich ist, die sich mit bestehenden Ungleichheiten auseinandersetzt und die Ärmsten in der Gesellschaft dazu befähigt, der Armut zu entkommen, die Stereotype im Zusammenhang mit sozioökonomischen Kriterien, Geschlecht, ethnischer Herkunft, Migrationsstatus, sexueller Orientierung, Religion, Förderbedarf, Alter oder anderen Formen von Diskriminierung hinterfragt, die Grundsätze der Inklusion durch Einbeziehung von kritischem Denken, universelle Werte sowie auch die Fähigkeiten für soziales und aktives bürgerliches Engagement fördert, trägt zu egalitäreren, gerechteren und demokratischen Gesellschaften bei;

3. Bildung – ein Grundrecht und ein öffentliches Gut

In ganz Europa hat der öffentliche Sektor viele Jahrzehnte lang eine positive und wichtige Rolle dabei gespielt, den Auswirkungen des privaten, gewinnorientierten Sektors entgegenzuwirken. In den letzten Jahren untergraben das vorherrschende Dogma von freien und ungezügelter Marktmechanismen und das Denken in der bildungspolitischen Debatte und anderen öffentlichen Diensten, Kürzungen bei den öffentlichen Investitionen und die Arbeitsmarktregulierung die Qualität der Bildung als ein öffentliches Gut, womit folglich das Konzept gerechter Gesellschaften aufs Spiel gesetzt und Freiheit und Demokratie ausgehöhlt werden.

Sie erachtet Folgendes:

4. Sozialer Dialog und Tarifverhandlungen

Versuche, sozialen Dialog einzuschränken oder zu verweigern, Einmischung in politische Konsultation und Versuche zur Einschränkung oder Aushöhlung der Rahmen von Tarifverhandlungen, einschließlich durch unmittelbare Intervention seitens internationaler und europäischer Finanzinstitutionen zur Einführung regulatorischer Änderungen, die darauf abzielen, die Organisations- und Verhandlungsrechte einzuschränken bzw. Änderungen aufzuerlegen oder Gewerkschaften am Verhandlungstisch durch Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder andere Akteure zu ersetzen sowie auch Versuche,

Bildungsgewerkschaften in Bezug auf ihr Handeln einzuschüchtern, sind unmittelbare Angriffe auf Gewerkschaften und deren Mitglieder und somit auf demokratische Stimmen im Bildungswesen auf allen Ebenen;

5. Bildungsgewerkschaften und die effektive Ausübung von Rechten

Die Achtung des Status von Lehrkräften und ErzieherInnen und die Anerkennung von Bildungsgewerkschaften als rechtmäßige Vertreter von Bildungsbeschäftigten sind wesentliche Elemente von qualitativ hochwertiger Bildung und Demokratie. Gewerkschaften sind Institutionen, ohne die eine Demokratie nicht funktionieren kann. Die legitime kollektive Stärke von Bildungsgewerkschaften gibt ihnen eine Stimme und ein demokratisches Mandat, die nicht von anderen Akteuren in der Gesellschaft übernommen werden können. Eine Verschlechterung der institutionellen und gesellschaftlichen Legitimität der Gewerkschaften gefährdet ihre Zukunft als kollektive Organisationen, deren Existenz einzelnen Lehrkräften und ErzieherInnen ermöglicht, sich zu organisieren, um Kontrolle über sämtliche Aspekte ihrer Arbeit und ihres Berufs zu haben;

6. Bildung gegenüber Privatisierung und Kommerzialisierung verteidigen

Bildungssysteme sollten öffentlich finanziert und geregelt werden. In ganz Europa sind sie immer größerer Privatisierung und Kommerzialisierung ausgesetzt. Dies zeigt sich auf verschiedene Art und Weise, einschließlich an der Auslagerung von Bildungsdiensten, der zunehmenden Übertragung von Kosten an SchülerInnen/Studierende, die immer mehr als Kunden, denn als Lernende behandelt werden, der Entwicklung und Umsetzung standardisierter Prüfungen, der Einführung 'businessmäßiger' Management-Praktiken in Bildungseinrichtungen und einer zunehmenden Abhängigkeit von kommerziellen Zwängen, wodurch der Kern der Bildung auf jene Fertigkeiten oder Bildungsergebnisse eingeengt wird, die für die Anforderungen des Arbeitsmarkts und der Unternehmen maßgeblich sind. In einigen Fällen privatisieren Länder Bildung oder Teile davon sogar und lockern die entscheidende Verknüpfung von Bildung und Demokratie oder heben sie gar völlig auf, womit sie den öffentlichen Auftrag von Bildung und deren Wert für Demokratie und Gesellschaft gefährden;

7. Größere gesellschaftliche Herausforderungen: Solidarität gegenüber Fragmentierung stärken

Ein Jahrzehnt der Wirtschaftskrise und der Phrasen und anhaltenden Folgen von Sparpolitik, durch die der Schwerpunkt mehr auf die Rolle des Einzelnen und des persönlichen Ehrgeizes als auf gesellschaftliche Bestrebungen und kollektives Handeln verlagert wurde, untergraben traditionelle Formen gesellschaftlicher Solidarität und lassen Gesellschaften zerbrechen, was zu sozialer Ausgrenzung, Entfremdung und weit verbreiteter Armut führt. Die Stärke der Lehrkräfte und anderem Bildungspersonal ist in der Vorstellung des kollektiven Auftrags und des kollektiven Handelns durch Gewerkschaften nach dem Prinzip der Stärkung jedes Einzelnen zur Stärkung aller verankert. Die weit verbreitete gesellschaftliche Unzufriedenheit bot den Bildungsgewerkschaften Möglichkeiten dazu, rund um grundlegende Themen Unterstützung zu erhalten und engere Verbindungen mit Lehrkräften und anderem Bildungspersonal, Eltern, SchülerInnen/Studierenden und der Gemeinschaft als Ganzes zu knüpfen. Zu diesen grundlegenden Themen gehören die Wahrung der Demokratie und das öffentliche Interesse, unter anderem durch Intensivierung der Organisationsarbeit und Bemühungen gegenüber den am stärksten Marginalisierten und/oder Unterrepräsentierten sowie auch durch Solidaritätsaktionen mit Bildungsgewerkschaften aus anderen Ländern;

8. Organisieren ist ein Recht

Lehrkräfte und anderes Bildungspersonal haben das Recht, sich zu organisieren und zu schützen, eine gemeinsame Vision zu haben und ihre eigenen Forderungen im Hinblick auf eine hochwertige Bildung auszudrücken. Bildungsgewerkschaften können eine Schlüsselrolle beim Aufbau von Fähigkeit, Engagement, Vertrauen und Hoffnung einzelner Mitglieder im Hinblick auf kollektives Handeln in ihrer Gewerkschaft, beim Abstecken ihrer Interessen, beim Einfluss nehmen auf ihre Arbeit und den Kontext, in dem ihre Arbeit organisiert ist, sowie auch bei der Erzielung von Fortschritten spielen. Das Recht auf Organisieren, Verhandeln und auf Teilnahme an Verhandlungen und an kollektiven Aktionen ist, ebenso wie das Recht auf hochwertige Bildung, ein grundlegendes Recht, da es Mitglieder dazu befähigt, weitere Rechte zu erwerben und ihren Beruf zu schützen;

9. Bildungsreformen, die die Welt der Arbeit verändern

Professions- und Arbeitsbedingungen sind unweigerlich voneinander abhängig. Legislative Änderungen und Verschiebungen im bildungspolitischen Diskurs auf internationaler und auf lokaler Ebene, und weitere im Hinblick auf die wirksame Verwendung von IKT in der Bildung, verändern den Kontext und die Arbeitsorganisation von Lehrkräften und anderem Bildungspersonal. Das Arbeitsleben von Lehrkräften, ErzieherInnen und unterstützendem Bildungspersonal ist zunehmend bedroht durch befristete Arbeitsverträge und prekäre Beschäftigung, Untergrabung des Status und der Sicherheit von

Lehrkräften, Entprofessionalisierung, eingeschränkte Autonomie und Einflussnahme auf Lehrpläne und Unterrichtspraktiken sowie nicht zufriedenstellende Arbeitsbedingungen in einem zunehmend wettbewerbsorientierten Arbeitsumfeld, das von Stress, Instabilität und Isolation geprägt ist. Junge Lehrkräfte und ErzieherInnen sind besonders von der zunehmenden Verbreitung befristeter Arbeitsverträge, der Erhöhung der Arbeitszeit und der Verschlechterung der Work-Life-Balance, die die Prekarität in ihrem Leben noch verstärken und Ungleichheit und Fragmentierung schüren, betroffen;

10. Bildung und die digitale Transformation

Große Veränderungen, hervorgerufen durch die digitale Transformation in Industrie und Dienstleistungen und der Übergang von der traditionellen Beschäftigung zu digitalen Jobs erfordern innovative Lehr- und Lernansätze. Eine erfolgreiche Nutzung und eine gute Einbeziehung neuer Technologien, die dazu beitragen sollen, qualitativ hochwertige Bildung für alle bereitzustellen, hängen größtenteils von hochqualifizierten und motivierten Lehrkräften ab. Doch die Nutzung neuer Technologien und neuer Unterrichtskompetenzen hinsichtlich des pädagogischen Einsatzes von IKT auf allen Bildungsebenen könnten sich auf die beruflichen Vorrechte von Lehrkräften und anderem Bildungspersonal auswirken und Angst, Unsicherheit und Isolation verursachen. Bildungsgewerkschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Förderung und Identifizierung des IKT- und digitalen Ausbildungsbedarfs von Lehrkräften.

Sie fordert deshalb das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen dazu auf:

11. strategischen Diskussionen und Entscheidungen über Organisation und Entwicklung, über Anwerben und Binden von Mitgliedern und Führungsschulungen zu den wichtigsten Funktionen gewerkschaftlicher Erneuerung unter vollständiger Berücksichtigung nationaler Unterschiede im Hinblick auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, Strukturen und Traditionen Priorität einzuräumen;
12. die Tendenzen hinsichtlich der Zusammensetzung des Mitgliederbestands von Bildungsgewerkschaften, einschließlich des gewerkschaftlichen Organisationsgrads, Alters, Geschlechts und der ethnischen Gruppenzusammensetzung, zu überwachen und auszuwerten und gemeinsame Initiativen in den Bereichen, die bereits eine Priorität bei den Tätigkeiten von BI/EGBW zur Verknüpfung von Politik und Organisierungsbemühungen darstellen, zu fördern, auch in Bereichen wie prekäre Beschäftigung und der Kampagne für menschenwürdige Arbeit, Qualitätsanforderungen und -bedingungen der Beschäftigung und Bildung, Gleichstellung und Kampagnen gegen Privatisierung und Kommerzialisierung;
13. Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln mit der breiter gefassten Gewerkschaftsbewegung, anderen Gewerkschaftsverbänden und anderen Gruppen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene anzustreben, einschließlich der schulischen Gemeinschaft und der Gesellschaft als Ganzes, um Sensibilisierung und Unterstützung bei größeren Herausforderungen zu erzielen und die Argumente für öffentliche Investitionen und hochwertige Bildung für alle zu stärken;
14. die Fähigkeiten von Lehrkräften und anderem Bildungspersonal zur Selbstorganisation zu stärken, indem sie gewerkschaftliche Kompetenz, Erfahrung und Einfluss einbringen, um Führungsqualitäten in Schulen und Bildungseinrichtungen zu entwickeln;
15. die Bindung, die Einbeziehung und das demokratische Engagement der Mitgliedschaft in Gewerkschaftsstrukturen von Lehrkräften und Bildungspersonal zu erhöhen; das Engagement und das Vertrauen einzelner Mitglieder, kollektiv, kohärent und effektiv zu handeln, zu mobilisieren und den Lehrberuf zu verteidigen, unter anderem mittels formeller und informeller Netzwerke sowie Kommunikationsstrategien und –instrumente;
16. Fähigkeiten und Kapazitäten von Mitgliedern, Befürwortern und Aktivisten durch professionelles Lernen und Gewerkschaftsschulung aufzubauen und die Kompetenzen von Lehrkräften einzubinden im Hinblick auf eine bessere Vermittlung der Werte und der Rolle von Bildung und öffentlichem Dienst in der Bildungsgemeinschaft und der breiter gefassten Gesellschaft;
17. Bemühungen dahingehend zu intensivieren, die öffentliche Debatte zu bereichern und zu planen, rund um Ideen

und Werte, die die Mobilisierung von Mitgliedern und Ressourcen anregen können, und zwar mit einer langfristigen Vision, die klare Botschaften enthält und eine verbesserte Kommunikation innerhalb der Bildungsgemeinschaft und der Gesellschaft im Hinblick auf Bildung als öffentliches Gut erreicht;

18. auf Fortschritte, die durch effektive Solidaritätsaktionen zugunsten der Wahrung der Gewerkschaftsrechte und der beruflichen Interessen von Lehrkräften und Bildungspersonal erzielt wurden, aufzubauen, um Ängste abzubauen und es jenen Lehrkräften und ErzieherInnen, die unter Menschenrechtsverletzungen oder unter Maßnahmen zur vorübergehenden Aussetzung oder Einschränkung der Ausübung dieser Rechte leiden, zu ermöglichen, einer Gewerkschaft beizutreten und in Gewerkschaften aktiv zu werden;
19. Bemühungen zum Aufbau der Kapazitäten für effektiven sozialen Dialog und Tarifverhandlungen zu stärken, um die besten Ergebnisse für Mitglieder hinsichtlich der Löhne/Gehälter, Renten/Pensionen, Arbeitsbedingungen und beruflichen Anforderungen sicherzustellen und sich den zerstörerischen Auswirkungen neoliberaler Reformen auf das Umfeld, in dem Bildungsgewerkschaften tätig sind, zu widersetzen;
20. den Austausch von Informationen, Strategien und Praktiken hinsichtlich von Organisation und Dienstleistungen zwischen Bildungsgewerkschaften in ganz Europa zu begünstigen und zu fördern;
21. die EGBW-Kampagne „Gestaltung der Zukunft Europas mit Lehrkräften“ als Instrument zur Ausformulierung klarer Forderungen an Politiker dazu zu nutzen, der Stimme von Lehrkräften und ErzieherInnen Gehör zu verschaffen und für die Themen, um die es geht, zu sensibilisieren.